



JUSO SCHWEIZ

FORMULAR INITIATIVVORSCHLÄGE 2016

Antragsstellende: Caspar Oertli, Arianne Müller, Ele Wild, Michael Wepf,
Jan Fässler

Name des Projekts: Privatisierungsstopp Initiative

1 *Projektbeschreibung (maximal 2'000 Zeichen, inkl. Leerschläge)*

Beschreibt euer Projekt im Allgemeinen: Worum geht es?

Die Initiative will Privatisierungen grundsätzlich verbieten. Das heisst Bund Kantone und Gemeinden dürfen staatliches Eigentum (Betriebe, Land, etc.) nicht an Private verkaufen. Zudem sollen Bereiche festgelegt werden, in welchen zukünftig entstehendes Eigentum zwingend in staatlicher Hand sein muss. Hier wären sicherlich ÖV, Gesundheitsversorgung, Bildung, Post (also Service Public) zu nennen. Ob eine Wiederverstaatlichungsforderung in diesen Bereichen und ein Verbot von privater Konkurrenz möglich wäre, müsste rechtlich abgeklärt werden, wäre aber sicherlich wünschenswert um Schlupflöcher für die Bürgerlichen zu stopfen.

Mit einer solchen Initiative könnte man den Kampf gegen Privatisierungen, welcher immer zersplittert in einzelnen Kantonen oder auf einzelne Betriebe isoliert geführt werden muss auf einer nationalen Ebene vereinen. Mit einem Privatisierungsstopp würde man den herrschenden ein wichtiges Instrument des Angriffes auf unsere Errungenschaften entziehen. Ebenfalls wäre es der Todesstoss für internationale Abkommen wie TTIP und TISA.

Jede Privatisierung hat ganz konkrete Verschlechterungen bei den Löhnen und bei den Leistungen zur Folge. Die Forderung verbindet daher reale Verbesserungen mit einer grundlegenden Systemkritik.

Die Forderung eröffnet klar eine Diskussion entlang von Klassenlinien. Die Frage des Besitzes und der Kontrolle über die Wirtschaft wird genauso

gestellt wie die Frage der Verlierer und Profiteure bei Privatisierungen. Man hätte in allen Kantonen, Altersgruppen und Branchen Ansatzpunkte um die Forderung mit den Menschen zu diskutieren. Privatisierungen betreffen jeden und jede in verschiedener Hinsicht. Als Lohnabhängige, als Konsumenten, als Hilfsbedürftige.

2 *Kurzbeschreibung (maximal 400 Zeichen, inkl. Leerschläge)*

Beschreibt euer Projekt in 4 kurzen Sätzen, als würdet ihr auf der Strasse dafür Unterschriften sammeln.

Privatisierungen führen zu schlechteren Arbeitsbedingungen, höheren Preisen und schlechterer Qualität.

Privatisierungen sind nur im Interesse der Besitzenden, welche neue essentielle Bereiche der Wirtschaft der Profitlogik unterstellen wollen

Erfahrungen im In- und Ausland zeigen, dass alle Argumente der Bürgerlichen (Konkurrenz führt zu mehr Effizienz und tieferen Preisen) gelogen sind.

Wir verteidigen mit dieser Initiative die Arbeitsbedingungen und die Leistungen des Service Public

3 *Storytelling*

Welche Geschichte kann die JUSO mit eurem Projekt erzählen?

Die JUSO versteht sich als sozialistische Partei, welche den Kapitalismus überwinden will und die Wirtschaft in den Dienst der Gesellschaft stellen will. Privatisierungen sind ein Frontalangriff gegen diese Ziele und müssen verhindert werden. Zudem verstehen wir uns als Teil der europäischen und weltweiten ArbeiterInnenbewegung und stehen Seite an Seite mit den ArbeiterInnen dieser Welt im Kampf gegen den Ausverkauf der sozialen Errungenschaften. Privatisierungen dienen nur der herrschenden Klasse auf Kosten der ArbeiterInnenklasse. Deshalb ist auch hier in der Schweiz dieser Kampf so zentral. Gerade als Jungpartei kämpfen wir gegen den Ausverkauf unserer Bildung, Gesundheit und Infrastruktur. Am meisten Treffen Privatisierungen neben den Angestellten, die Jungen und wenig Verdienenden.

4 Anknüpfen an bisherige Projekte

Wie lässt sich euer Projekt mit den bisherigen Initiativen und nationalen Projekten der JUSO Schweiz verknüpfen?

Der Kampf gegen Abbaumassnahmen war immer ein Kernanliegen der Juso. Der Privatisierungsstopp ist dabei ein zentrales Element. Zudem stellt die Forderung die Frage der Kontrolle über den Service Public und somit der Wirtschaft. Ebenfalls wird die Frage der kapitalistischen Produktionsweise an sich aufgeworfen, da man bei Privatisierungen gut aufzeigen kann, was uns die Profitabschöpfung der Kapitalisten tatsächlich kostet.

5 Systemrelevanz

Inwiefern stellt euer Projekt wichtige Fragen, wie provoziert es? Wie kapitalismuskritisch ist es? Welche neuen Gedanken bringt es auf das politische Parkett?

Die Initiative stellt die Frage des Besitzes und der Verteidigung der Errungenschaften. Damit wird im Kapitalismus der Krise unweigerlich auch die Systemfrage gestellt. Obwohl Kämpfe gegen Privatisierungen allgegenwärtig sind, wäre eine Verbindung all dieser Kämpfe zu einem gemeinsamen Kampf gegen jegliche Privatisierung eine neue Qualität und könnte eine grosse Dynamik entlang der Klassenlinien auslösen. In dieser Diskussion wird sich auch unweigerlich die Frage des Charakters des bürgerlichen Staates zeigen. Ist der Staat eine Institution welche das Beste für alle will oder ein Werkzeug der Herrschenden zur Verteidigung ihrer Interessen?

6 Mobilisierung/Mitgliedergewinnung

Wie wirkt euer Projekt attraktiv auf Jugendliche ausserhalb der JUSO? Wo kann es uns helfen, junge Menschen für uns zu überzeugen?

Einerseits betreffen Privatisierungen Jugendliche in den verschiedensten Bereichen. Bildung, ÖV, etc.

Der Kampf gegen Sparmassnahmen hat immer wieder zu Mobilisierungen in vielen Kantonen geführt, einerseits in den öffentlichen Betrieben, andererseits gegen die Sparpakete in den Parlamenten. Mit dieser Initiative können wir genau dort ansetzen und diese Kämpfe verbinden. So können wir rund um diese Forderungen auch viele Jugendliche und junge Erwachsene organisieren, welche im Kampf gegen den Bildungsabbau aktiv geworden

sind.

Im Kampf gegen internationale Abkommen wie TTIP, TISA etc radikalieren sich ebenfalls viele Jugendliche. Eine Privatisierungsstopp-Initiative wäre ein wirksames Mittel gegen solche Versuche der Herrschenden, flächendeckend zu privatisieren.

Zuletzt ist in diesem Bereich auch eine enge Zusammenarbeit mit den Gewerkschaften möglich. Somit schaffen wir einen direkten Bezug zur organisierten ArbeiterInnenbewegung.

7 Internationaler Aspekt

Wo könnte euer Projekt ausserhalb der Schweiz wirken? Welche neuen Themen kann es in der internationalen Politik auf das politische Parkett bringen oder vorantreiben?

Privatisierungen sind in jedem Land ein Thema. Eine solche Initiative würde zwingendermassen eine grosse Resonanz in der europäischen ArbeiterInnenbewegung haben, welche auf die eine oder andere Weise ebenfalls in diesem Kampf involviert ist. Aber auch in der bürgerlichen Presse würde eine solche Forderung (ähnlich der 1:12 Initiative) Wellen schlagen. Auf der Grundlage dieser Initiative könnte man auch praktisch einen regen Austausch mit sozialistischen Kräften aufbauen. Nicht zuletzt können wir die Erfahrungen von Privatisierungen in anderen Ländern nutzen um die Folgen aufzuzeigen.

8 Ziele

Was sind die Ziele eures Projekts? Was soll mit der Kampagne erreicht werden?

Grundsätzlich sollen natürlich Privatisierungen verhindert werden. Aber die Kampagne soll vor allem dazu dienen, den Ausverkauf der Errungenschaften der ArbeiterInnenbewegung zu thematisieren und die verschiedenen, isolierten Kämpfe dagegen zu verbinden.

9 *Neuheit*

Gab es in den letzten 20 Jahren schon mal ein Projekt wie das eurige (national oder international)? Wenn ja, berichtet davon.

Ein generelles Privatisierungsverbot als Forderung war unseres Wissen nie auf breiter Ebene gefordert worden.

10 *Rechtsgültigkeit*

Wahrt euer Initiativvorschlag die Einheit der Materie? Ist er, eurer Meinung nach, rechtsgültig und umsetzbar? (Bei Unsicherheiten in diesem Bereich könnt ihr gerne an die GL wenden)

Gemäss Abklärungen mit der GL ist bei der Forderung nach einem Privatisierungsstopp die Einheit der Materie gegeben und sie verstösst auch nicht gegen internationales Recht.

Die Frage der Widerverstaatlichung ist durch ihre rückwirkende Wirkung nicht zugelassen. Es gilt abzuklären ob eine Definition von Wirtschaftsbereichen, welche staatlich organisiert sein müssen, dies Umgehen würde. Gemäss den Abklärungen wären internationale Abkommen wie TTIP/TISA nicht von der Initiative betroffen, da Internationale Abkommen über der Schweizer Verfassung stehen. Dies sollte jedoch kein Argument gegen die Verknüpfung der beiden Themen sein, denn die propagandistische Sprengkraft ist gross und falls die Initiative durchkommt, haben wir eine gute Grundlage um den Kampf gegen diese Abkommen zu kämpfen.